Medien enthalten dem Publikum zentrale Informationen vor und stellen Zusammenhänge interessengeleitet einseitig verkürzt und damit falsch dar. Es gibt keine Öffentlichkeit mehr, dafür eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten. Das Publikum ist schwach organisiert. Den strukturellen Schieflagen im Mediensystem muss schleunigst entgegengewirkt werden. Das waren nur einige der Erkenntnisse, die die Teilnehmer der Konferenz „Krieg und Frieden in den Medien“ am vergangenen Wochenende diskutierten. Ein Beitrag von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/180202_IALANA_Medientagung_Fundierte_Medienkritik_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Organisiert hatte die Veranstaltung, die in der CROSS Jugendkulturkirche Kassel stattfand, die Juristenvereinigung IALANA in Kooperation u.a. mit dem Zentrum Oekumene der Ev. Kirche Hessen und Nassau sowie der Ev. Kirche von Kurhessen und Waldeck. Die Veranstaltung, an der gut 350 Personen teilnahmen, stand unter der Frage: „Kann man ein Leitbild ‚Friedensjournalismus‘ für eine der Wahrheit verpflichtete und deeskalierende Berichterstattung etablieren?“

Die Gräben zwischen Vertretern großer Medien und ihren Kritikern sind offenbar tief. Das ist eine ernüchternde Beobachtung, die man am Wochenende in Kassel hat machen können. Sie ergab sich allerdings nicht daraus, dass es bei der hochkarätig besetzten Konferenz, an der auch der „Anstalts-Kabarettist“ Max Uthoff und die ehemalige ARD-Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz teilnahmen, etwa zu wilden Wortgefechten zwischen „etablierten“ Journalisten und Kritikern an ihrer Berichterstattung gekommen wäre. Dazu konnte es nämlich gar nicht kommen. Denn: Laut Aussage der Veranstalter fanden sich trotz Einladung keine Vertreter großer etablierter Medien zu der Konferenz ein. Einige von ihnen, die als Referenten oder Diskussionspartner angefragt waren, seien unter anderem aus Angst vor Sanktionen innerhalb ihrer Medien nicht bereit gewesen, an der Konferenz teilzunehmen. Das ist einerseits wirklich erstaunlich. Andererseits aber auch wieder nicht.

Gewiss: Mit einiger Naivität ließe sich die Frage aufwerfen, wie es sein kann, dass Medienvertreter, die sich mit Empörung über eine manchmal arg laute und teilweise beleidigende „Medienkritik“, wie sie etwa in den sozialen Medien zu finden ist, aufregen, trotzdem aber nicht bereit sind, sich an einen Tagungsort zu begeben, an dem es in jeder Hinsicht zivilisiert zugeht: Kluge und wohldurchdachte Referate, Podiumsteilnehmer, denen man schnell anmerkt, dass sie wissen, wovon sie sprechen; ein Publikum, das den Eindruck macht, sehr gut informiert zu sein und das sich mit Medien und deren Berichterstattung offenkundig intensiv auseinandergesetzt hat.

So gesehen lag in Kassel vor der CROSS Jugendkulturkirche, sieben Gehminuten vom Kulturbahnhof entfernt, der rote Teppich für jene Vertreter großer Medien aus, die meinen, dass die aktuelle Medienkritik im Kern unberechtigt sei und überwiegend mit falschen Annahmen und Behauptungen geführt werde. Die Bühne war bereitet. Doch, wie angesprochen, es gibt noch ein „Andererseits“.

Bei Lichte betrachtet dürfte das Interesse von so manchem Vertreter der Leitmedien an einer sachlichen Diskussion mit ihren Kritikern bei etwa null liegen. Zumindest liegt dieser Eindruck sehr nahe. Weder findet die Diskussion innerhalb der großen öffentlichen Diskursplätze der Polit-Talkshows statt, noch bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an einem anderen Ort. Der Grund liegt nahe und das hat die Veranstaltung in Kassel in aller Deutlichkeit gezeigt: Es geht bei der gegenwärtigen Medienkritik nicht um Lappalien. Es geht nicht darum, dass irgendein Journalist oder irgendein Medium hin und wieder irgendeinen Fehler macht. Die Medienkritik, die spätestens seit der Ukraine-Krise immer lauter geworden ist und auch auf der Kasseler Konferenz zu Wort kam, durchdringt die Oberflächen-Wahrnehmung von Journalismus und Mediensystem. Genauso die Medienkritik in Kassel: Sie bot weder Platz für ein allgemeines Journalisten-Bashing, noch ging es ihr um eine pauschale Verurteilung oder gar um eine Verteufelung von Medien. Zugleich scheuten Referenten und Tagungsteilnehmer aber auch nicht davor zurück, Missstände klar und präzise zu benennen, Ursachen in den Blick zu nehmen und, wie der aus Genf angereiste Korrespondent der taz, Andreas Zumach, provokante Vorschläge für Strukturveränderungen in den Medien zu präsentieren (Öffentlich-rechtliche Stiftungen für Zeitungen).

Da war etwa der Leipziger Journalismusforscher **Uwe Krüger**. Mit seiner 2013 publizierten Dissertation, die sich mit den Netzwerken von Alpha-Journalisten auseinandersetzt, hat Krüger für einigen Wirbel in der Medienwelt gesorgt. Teile seiner Arbeit hatte gar „Die Anstalt“ übernommen, um auf die Verflechtungen von Spitzenjournalisten mit Denkfabriken und Elitezirkeln im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik aufmerksam zu machen. Das

Eingebundensein von Spitzenjournalisten in Elitezirkel, die etwa als Leitartikler die große Weltpolitik dem Leser interessengeleitet nahebringen, interessiert das Publikum, das wurde aus der Resonanz auf seine Arbeit deutlich.

Der Vortrag Krügers in Kassel war dem Thema gewidmet: „Woran man Propaganda erkennt." Krüger wollte, wie er zum Publikum sagte, „gleich mit der Tür ins Haus fallen" und führte eingangs „die zehn Prinzipien der Kriegspropaganda [an], wie sie Lord Arthur Ponsonby, ein britischer Politiker, Schriftsteller und Friedensaktivist, während des Ersten Weltkriegs erkannte":

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung.
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen.
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Ponsonbys Prinzipien zirkulieren seit geraumer Zeit im Internet – insbesondere auch im Zusammenhang mit den Spannungen, die es zwischen den Nato-Staaten und Russland gibt.

Krügers Absicht wird im weiteren Verlauf des Vortrags deutlich: Ihm geht es, ganz im Sinne der Frage, die die Veranstalter für die Tagung aufgeworfen haben, darum, dass Mediennutzer ihre Sinne schärfen.

Uwe Krüger verwies ferner auf das Propagandamodell des US-amerikanischen Sprachwissenschaftlers Noam Chomsky und des Ökonomen Edward Herman, die sich intensiv mit den Medien in ihrem Land auseinandergesetzt haben. „Ihre wichtigste These", so Krüger, „lautet, dass die Medien nicht alle Opfer von staatlicher Repression und Gewalt gleichbehandeln, sondern zwischen wertvollen und wertlosen Opfern unterscheiden – je nachdem, ob die Gewalt von den USA, Kanada, anderen kapitalistischen Demokratien oder einem befreundeten Regime ausgeht oder aber von offiziellen Feindstaaten der USA."

In den von Krüger präsentierten Zitaten Chomskys heißt es auch, dass sich bei Gräueltaten jener Länder, die mit den USA verbunden seien, in den Medien von den Journalisten ganz überwiegend eine länderspezifisch freundliche und damit einseitige Berichterstattung

erwartet werde: „Wir erwarten unkritische Akzeptanz von bestimmten Prämissen, wenn es um uns und unsere Freunde geht – etwa, dass wir Frieden und Demokratie wollen, Terrorismus bekämpfen und die Wahrheit sagen – Prämissen, die bei Feindstaaten nicht angenommen werden."

Nach den Erwartungen von Herman und Chomsky helfen also Medien dabei, die Schandtaten der eigenen Regierung und des Militärs zu verdecken, während sie bei Verbrechen der Feindstaaten die gesamte Klaviatur des kritischen Journalismus spielen.

„Spielen bei Kriegen auch PR-Agenturen eine Rolle, die also einen Krieg „promoten", sprich: Propaganda für Regierungen betreiben?" fragte der Politikwissenschaftler **Jörg Becker**. Provokant formulierte er den Titel seines Vortrages: „Wie die Public-Relations-Industrie mitregiert" und legte somit zugleich nahe, dass PR-Agenturen einen großen Einfluss bei der Politikgestaltung haben können. Einige von ihnen seien zu „großmächtigen transnationalen Konzernen mutiert"; vier dieser „gigantischen PR-Verbundsysteme" dominierten „die gesamte Welt der Werbung, der Public Relations, der Medien und des Consultings" (die US-amerikanische Omnicom-Gruppe, die englische WWP-Gruppe, die französische Publicis-Gruppe und die US-amerikanische Interpublic-Gruppe). Mit einem Jahresumsatz von geschätzten 7 bis 20 Milliarden US-Dollar übersteige dieser gar den Staatshaushalt einzelner Länder.

Sieben von ihm recherchierte Beispielsfälle führt Becker an, in denen Staaten gezielt Werbeagenturen bei Kriegen um Unterstützung baten. Die so genannte „Brutkastenlüge", die 1990 von der PR-Agentur Hill & Knowlton erfunden wurde, ist einer davon. Sie war dabei behilflich, ein emotionales und politisches Klima zu schaffen, das es den USA erlauben sollte, militärisch gegen den Irak vorzugehen und dafür vorab eine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat zu gewinnen.

Becker resümiert, dass in Kriegen heute in weitem Maße „PR-Agenturen (und auch Medienanstalten) nicht nur Produzenten und Vermittler von Bildern und Texten" seien, sondern auch „Kriegsakteure." Wie etwa ein etabliertes journalistisches Medium selbst zur Kriegspartei werden kann, illustrierte Becker an dem Beispiel des TV-Senders CNN. Dieser habe rechtzeitig vor „der Landung der US-Truppen an einem Strand in Somalia 1992 einen Vertrag mit dem Pentagon geschlossen", so dass „die TV-Übertragung dieser Truppenlandung nur bei ihm und in der Prime Time stattfinden müsse, was dann vertragsgerecht auch geschah." Die Entwicklung in Sachen PR-Industrie vollziehe sich in einer Zeit, in der die bürgerliche Öffentlichkeit zunehmend zerfallen sei und nur noch Teilöffentlichkeiten vorhanden seien, so Becker.

Auch **Albrecht Müller**, Gründer und Herausgeber der NachDenkSeiten, widmete sich in seinem Vortrag (Anmerkung der Redaktion: Der komplette Vortrag von Albrecht Müller wird zeitnah auf den NachDenkSeiten veröffentlicht) dem Thema „Propaganda“. „Wie können wir uns gegen eine Manipulation unserer Einstellungen, Überzeugungen und Meinungen schützen?“, fragte er und wies auf häufig genutzte Methoden der Desinformation hin, die man erkennen, dokumentieren und kritisieren müsse: zum Beispiel Weglassen und Verschweigen wichtiger Tatsachen, unzulässige Simplifizierung und Verkürzung historischer Zusammenhänge und Entwicklungen, einseitige Instrumentalisierung des Leidens von Opfern mit dem Ziel einer trickreichen tendenziösen Beeinflussung der Gefühle der Leser und Zuschauer. „Manipulationen“, so Müller, sind vielfach „eher auf der Tagesordnung als ehrliche Aussagen.“ Es gehe darum, Manipulationen in den Medien zu erkennen und ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass hinter den Versuchen der Beeinflussung vielfach ausgeklügelte Kampagnen stünden.

Müller, der den Bundestags-Wahlkampf Willy Brandts von 1972 konzipierte und bis 1982 Chef der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes war, geht davon aus, dass zum Beispiel hinter der tendenziösen, weithin negativen Berichterstattung über Russland und Putin eine Kampagne stecke mit dem Ziel, das Land und den Präsidenten als Feindbild aufzubauen. Es werde das Zerrbild vermittelt: „Putin ist schuld am neu aufgebrochenen West-Ost-Konflikt. Putin ist unangenehm. Reitet mit nacktem Oberkörper. Putin ist der Böse“, sagt Müller im Stakkato.

Man müsse deshalb als kritischer Zeitgenosse in diesem Zusammenhang die „imperialen und geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens sichtbar machen“. Dabei könne man erkennen, dass, wenn von einem Regime-Change die Rede sei, es längst nicht immer um Menschenrechte und Demokratie gehe. Einen kritischen Blick auf die Medien-Berichterstattung zu Russland warf auch **Gabriele Krone-Schmalz**, die ehemalige Russland-Korrespondentin der ARD. Sie wurde im Zuge der Ukraine-Krise dafür bekannt, dass sie die Berichterstattung deutscher Medien kritisierte und davor warnte, Russland als Feind darzustellen.

In Anlehnung an den Hamburger Völkerrechtler Professor Reinhard Merkel legte Krone-Schmalz präzise dar, dass – auch wenn es noch so häufig in den Medien anders zu lesen und zu hören sei – Russland die Krim nicht annektiert habe. Denn es sei keine gewaltsame Landnahme gewesen – anders als etwa das militärische Vorgehen des irakischen Diktators Saddam Hussein 1990 in Kuwait. Vielmehr habe eine Sezession, also eine Abspaltung eines Teils der Ukraine, mit Hilfe eines Referendums stattgefunden. Die Sezession habe zweifellos gegen die ukrainische Verfassung, nicht aber gegen das Völkerrecht verstoßen. Russland habe wegen dieser Verfassungswidrigkeit den Beitritt der Krim auch nicht ablehnen

müssen. Denn die ukrainische Verfassung binde Russland nicht. Dennoch sei das Handeln Russlands, jedenfalls seine militärische Präsenz auf der Krim außerhalb seiner Pachtgebiete, völkerrechtswidrig gewesen. Daraus folge aber nicht, dass die von dieser Militärpräsenz erst möglich gemachte Abspaltung der Krim null und nichtig sei und somit deren nachfolgender Beitritt zu Russland doch nichts anderes als eine maskierte Annexion sei.

Krone-Schmalz betonte, dass man von den Mediennutzern nicht erwarten könne, auf diese Unterscheidung von alleine zu kommen, aber von Journalisten müssten diese Zusammenhänge dargestellt werden. Sie schlug vor, das Verhältnis zu Russland wieder zu verbessern und zum Beispiel vordringlich auf einen engen Jugendaustausch auf allen möglichen Ebenen zu setzen.

Die als Referenten eingeladenen ehemaligen Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks (NDR) **Volker Bräutigam und Friedrich Klinkhammer** legten den Fokus ihrer Tagungsbeiträge auf ein bekanntes deutsches Medium: die ARD-Tagesschau. Unter dem Titel „Können wir uns wehren? – Was nützen Programmbeschwerden, Durchsetzung von Gegendarstellungen, gerichtliche einstweilige Anordnungen pp“ trugen beide mit trockenem Humor ihre Kritik an dem Medium vor. Seit der Ukraine-Krise haben Bräutigam und Klinkhammer nach eigenen Angaben über 400 Programmbeschwerden wegen unzureichender Berichterstattung in der Tagesschau eingereicht. Nicht einer habe der NDR-Rundfunkrat stattgegeben. Eigentlich, so Bräutigam, obläge es dem Rat, dass er einer seiner wichtigsten Aufgaben, die ihm der Rundfunkstaatsvertrag zuschreibe, nachkomme, sprich: „die Einhaltung der Programmrichtlinien zu überwachen.“ Im Programm müsse umfassend informiert werden, die Berichterstattung habe sachlich und wahrheitsgemäß zu sein, die Völkerverständigung müsse gefördert werden und sie müsse die Bürger zum selbständigen Urteilen befähigen.

Für beide Referenten steht nach ihren Erfahrungen fest: „De facto… bedient der Rat…nur die Partikular-Interessen von CDU und SPD, mit allen schändlichen Konsequenzen fürs Programm.“ Die Mitglieder des Rates tagten hinter verschlossenen Türen. „Ihre Sitzungen und deren Ergebnisse lassen sie vom Management desselben Hauses organisieren und realisieren, dessen Produktqualität und Programmpolitik sie eigentlich überwachen sollten.“

Sichtlich schockiert war das Publikum, als Bräutigam am Beispiel einer mangelhaften Recherche darlegte, was die Motivation der beiden gefördert hat, so unermüdlich Programmbeschwerden an den Sender zu schicken.

Bräutigam, der 21 Jahre beim NDR angestellt war, las die folgenden Zeilen vor:

> „Nahe bei Aleppo griffen al-Qaida-Milizionäre einen palästinensischen Jungen auf. Er war zwölf Jahre alt. Die Männer ernannten ihn zum ‚Kindersoldaten Assads', fesselten ihn und warfen ihn auf einen Kleinlaster. Unter dem Gegröle der Kumpanei riss einer dem Kind den Kopf zurück und säbelte ihm den Hals durch. Das ging nicht glatt, es dauerte etwas. Den Kopf, nachdem der endlich abgeschnitten war, warf der Mann achtlos beiseite. Den Kopf eines zwölfjährigen Kindes."

Nach dieser Schilderung fügte Bräutigam zum Publikum gewandt hinzu, um die Recherche-Defizite deutlich zu machen: „Sie werden es nicht glauben: Von solchen Leuten bezog Volker Schwenck, Chef des ARD-Büros in Kairo, regelmäßig das Material für seine ‚aktuellen' Berichte über die Kämpfe im 1000 Kilometer entfernten Aleppo." Und Bräutigam weiter: „Eigenrecherche in Aleppo, so hieß es verständnisheischend seitens der ARD, sei oft unmöglich, weil zu gefährlich. Das Fremdmaterial habe Schwenck jedoch immer äußerst sorgfältig geprüft. Ja freilich."

„Uns wurde angst und bange", das sagte der Polit-Satiriker **Max Uthoff**, der ebenfalls bei der Veranstaltung auftrat, im Hinblick auf die Berichterstattung zur Ukraine-Krise.

Der Anstalts-Kabarettist, der zusammen mit Claus von Wagner Monat für Monat ein Millionenpublikum an die Bildschirme lockt, sprach unter anderem mit den **Moderatoren Daniela Dahn und Peter Becker** darüber, wie er und von Wagner die Berichterstattung führender Leitmedien erlebt haben. Dies sei auch der Grund gewesen, dass sie in ihrer „Nummer" das Verhalten der Leitmedien aus einem Schützengraben dargestellt hätten. Dies sei zu dem Zeitpunkt notwendig gewesen „und zwar in der Dramatik, auch in der Hektik, die sie vermittelt", so Uthoff.

„Es sollte aussehen wie ein Kriegsfilm…, weil damals – das haben wir uns ja nicht ausgedacht, tatsächlich auch Der Spiegel, Die Zeit und andere unfassbar militaristisch zu Werke gegangen sind. Der Spiegel vor allem – die alte Landserpostille aus Hamburg – und auch Die Zeit, war da ganz vorne dabei…" Fast müsse er der Springer-Presse Respekt zollen „vor der Phantasie und der Mühsal", die Welt und Bild an den Tag legten, „um möglichst irgendwann dann doch mal einen Kriegsgrund gegen Putin zusammenzuzimmern."

Uthoff zeigte aber auch Grund zur Freude auf, denn: Schon öfter sei es vorgekommen, dass Lehrer ihm und seinem Kabarett-Kollegen Claus von Wagner eröffnet hätten, sie zeigten

komplette Folgen der Anstalt auch in ihren Klassenzimmern und diskutierten darüber mit ihren Schülern – „was uns freut wie Bolle, weil ich nicht glaube, dass wir subversiver wirken könnten als auf diese Art und Weise."

Mit dem Begriff „subversiv" lieferte Uthoff vielleicht auch ein gutes Stichwort, um zu erklären, warum die Kassler Medientagung der IALANA in der Berichterstattung augenscheinlich nicht vorgekommen ist. Eine Medienkritik, die, wie in der Veranstaltung gezeigt, mit Fachkenntnis in die Tiefe bohrt und auch nicht davor zurückscheut, herrschaftsnahe Wirklichkeitskonstruktionen in der Berichterstattung zu hinterfragen, verabscheut so mancher Alphajournalist. „Subversion", hier verstanden als eine, im demokratischen Sinne, wahrlich kritische (und nicht pseudokritische) Hinterfragung von Politik und Gesellschaft: das scheint für so manches Medium nicht notwendig. Das zeigt die Berichterstattung zu oft. Dort herrscht der Tenor vor: „Uns" geht es doch „gut".

Bilder: © Marcus Klöckner

Anmerkung: In dem Beitrag war auch eine Passage des Vortrages von Uwe Krüger angeführt, die sich mit einem Buch von Ulrich Wickert auseinandersetzt. Diese Passage war aber nur in der schriftlichen Fassung des Vortrages enthalten, die dem Autor vorliegt, wurde jedoch nicht auf der Konferenz vorgetragen. Deshalb haben wir diese Passage aus dem Text entfernt.